

- informiert über die ökologische Situation und die Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt
- analysiert die staatliche und internationale Umweltpolitik
- bringt einen Disput zu einem wichtigen umweltpolitischen Thema
- dokumentiert historisch bedeutsame, umweltbezogene Ereignisse und Initiativen
- beschreibt positive Alltagserfahrungen und entwirft Visionen für eine zukunftsfähige Welt
- wendet sich an eine sensible Öffentlichkeit, die sich der Umweltkrise bewusst ist und nach tragfähigen Alternativen im Umgang mit der Natur sucht
- ist einem breiten Ökologiebegriff verpflichtet, der im Alltag verankert ist und das Verhältnis von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Umwelt umfasst.

Die Klima-Manipulateure

Rettet uns Politik oder Geo-Engineering?

Herausgegeben von Günter Altner, Heike Leitschuh, Gerd Michelsen,
Udo E. Simonis und Ernst U. von Weizsäcker

BEIRAT

Christine Ax, Hamburg; Thea Bauriedl, München; Jan C. Bongaerts, Freiberg; Paul J. Crutzen, Mainz; Hartmut Graßl, Hamburg; Rainer Grießhammer, Freiberg; Gjalte Huppel, Leiden; Martin Jänicke, Berlin; Ruth Kaufmann-Hayoz, Bern; Stephan Kohler, Berlin; Jobst Kraus, Bad Boll; Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal; Barbara Mettler-von Meibom, Essen; Klaus M. Meyer-Abich, Hamburg; Benno Pilardeaux, Berlin; Werner Schenkel, Berlin; Walter Spielmann, Salzburg; Michael Succow, Greifswald; Barbara Unmüßig, Berlin; Christine von Weizsäcker, Bonn.

BEGLEITENDE INSTITUTE

BAUM – Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management, Hamburg; Deutsche Umweltstiftung, Germersheim; Ecologic – Institut für internationale Umweltpolitik, Berlin; Forschungsstelle für Umweltpolitik, Berlin; ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg; IFF – Institut für Soziale Ökologie, Wien; INFU – Institut für Umweltkommunikation, Lüneburg; IÖW – Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin; ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt a.M.; IZT – Institut für Zukunftsforschung & Technologiebewertung, Berlin; Öko-Institut, Freiburg/Darmstadt/Berlin; UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Berlin/Halle; Umweltbundesamt, Berlin/Dessau; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; WZB – Wissenschaftszentrum, Berlin.

Klimabewusstsein in Europa: Liegt Deutschland vorne?

Der Kopenhagener Klimagipfel 2009 hat es uns deutlich vor Augen geführt: Dann, wenn es ernst wird, also auch ein Menge Geld kostet, ist Deutschland in der internationalen Politik nicht mehr ganz so vorneweg im Klimaschutz wie beim bloß verbalen Eintreten für eine globale Klimaschutzpolitik, wie etwa seinerzeit beim G8-Gipfel in Heiligendamm. Nach dem Misserfolg von Kopenhagen – über dessen politische Hintergründe in diesem Jahrbuch ausführlich berichtet wird – muss allerdings auch kritisch gefragt werden, wie es um das Klimabewusstsein der Bevölkerung bestellt ist. Denn trotz allen Medienrummels ist der Kopenhagener-Gipfel in Deutschland fast ohne jede politische Nachwirkung geblieben. Abgesehen von einigen wenigen öffentlichen Aktionen und kritischen Äußerungen von NGOs, haben sich die Bürgerinnen und Bürger den Klimagipfel vom Sofa aus angeschaut und mehr oder weniger unaufgeregt hingenommen, dass die internationale Politik offenkundig nicht in der Lage war, ein Ergebnis zu erzielen, dass der Größe des Problems halbwegs angemessen wäre. Den in Kopenhagen agierenden deutschen Politikern hat all dies nicht geschadet, im Gegenteil, gelang es ihnen, sich noch als diejenigen zu profilieren, die verantwortungsvoll nach Lösungen suchten, sich aber leider, leider nicht durchsetzen konnten. Kaum ins Blickfeld geriet dabei, dass die deutschen Angebote in Wahrheit recht bescheiden waren und größtenteils darin bestanden, ohnehin zugesagte Entwicklungshilfeausgaben als Klimaschutzausgaben umzutitulieren. Dieses Verhalten korrespondiert in erstaunlichem Ausmaß mit dem der Bürger: Jenes sich selbst beschwichtigende „Wir machen doch schon viel!“ schallt einem auch aus Bürgermund entgegen, gepaart mit einer unverkennbaren Selbstzufriedenheit, dass man in Deutschland doch schon „ganz toll“ in punkto Klimaschutz sei. Aber stimmt das eigentlich?

Klimabewusstsein in Europa: einig in der Differenz

Das Thema Klimawandel hat in den letzten Jahren in Deutschland und Europa eine große Rolle im öffentlichen Diskurs gespielt, so dass es erfreulicherweise auch eine gute Datenlage im Hinblick auf das Klimabewusstsein und das klimarelevante Alltagshandeln gibt. Insbesondere das Generaldirektorat für Kommunikation der Europäischen Kommission hat in Form der sog. Eurobarometer-Studien in den letz-

ten Jahren eine Reihe von einschlägigen, international vergleichenden empirischen Untersuchungen¹ vorgelegt, zuletzt im November 2009 mit mehr als 26 000 Befragten in allen 27 EU-Ländern. Diese Studien informieren über verschiedene Aspekte und Dimensionen des Klimawandels sowie über den Grad der Informiertheit, die Einstellungen zur Relevanz des Klimaproblems, über die Verantwortungszuschreibungen und die Zahlungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Im Gegensatz zu manch anderen Studien, deren Ergebnisse in der veröffentlichten Meinung eine Rolle spielen², sind die Eurobarometer-Studien von beachtlicher Qualität und basieren auf hinreichend großen, für die teilnehmenden Länder repräsentativen Stichproben.

Wie nimmt die europäische Bevölkerung heute den Klimawandel wahr? Stichwortartig lassen sich die wesentlichen Einstellungen und Wahrnehmungen folgendermaßen zusammenfassen:

- Mehr als 90 % der EU-Bürgerinnen und Bürger sind von der Existenz des Klimawandels überzeugt und vier von fünf Personen sehen hierfür anthropogene Ursachen.
- Unter den globalen Problemen gilt (Ende 2009) der Klimawandel als das zweitwichtigste Problem hinter „Armut, Nahrungs- und Trinkwassermangel“, wobei zusätzlich zu berücksichtigen ist, dass dieses Problem oft in direkter Beziehung zum Klimawandel steht.
- Nur für 10 % der Europäer gilt Klimawandel als unwichtiges, wenig ernstzunehmendes Problem.
- 60 % glauben, dass Klimaschutzmaßnahmen einen positiven Effekt auf die Ökonomie haben könnten.
- Mehrheitlich finden Europäerinnen und Europäer, dass nationale Regierungen und EU mehr für den Klimaschutz tun sollten.

Die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern sind teilweise beträchtlich, aber sie folgen keinem einheitlichen Muster und sind nicht leicht zu interpretieren. Tendenziell lässt sich ein Nord-Süd-Gefälle feststellen, das aber immer wieder durch Ausnahmen gestört wird: In den skandinavischen Ländern (vor allem in Schweden und Dänemark) ist die Bevölkerung besonders problembewusst, während die Bürger Italiens und Portugals vergleichsweise wenig klimabewusst

¹ Diese Studien, unter der Leitung der Abteilung Public Opinion Analysis, werden üblicherweise in allen Mitgliedsländern und teilweise auch in den Ländern von Beitrittskandidaten (z. B. Türkei) durchgeführt. Vgl. http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

² Ein Beispiel für nicht-repräsentative, kaum brauchbare Studien ist die 2009 von National Geographic publizierte Greendex-Studie, über deren Ergebnisse u. a. im Politikmagazin *Monitor* berichtet wurde.

sind. Unterdurchschnittlich problembewusst zeigen sich auch die osteuropäischen und die baltischen Länder. Ausnahmen bestätigen allerdings die Regel: So sind die griechischen und zyprischen Bürger mit an der Spitze des Klimabewusstseins, möglicherweise verursacht durch die katastrophalen Waldbrände der letzten Jahre. Der europäische Vergleich macht auch deutlich, dass Deutschland in puncto Klimabewusstsein keineswegs an der Spitze steht: So rangiert Deutschland in der Regel nur im oberen Mittelfeld und keineswegs auf den ersten Rangplätzen, wie das Selbstbild von „Deutschland als Umweltweltmeister“ es erwarten lassen würde.

Differenz ist die eine Seite der Medaille, die beim Vergleich zwischen den europäischen Ländern ins Auge fällt. Auf der anderen Seite stellt man auch eine erstaunlich große Ähnlichkeit fest, die besonders dann sichtbar wird, wenn man die Frage stellt, welche Bevölkerungsgruppen umweltbewusster als andere sind. Es sind eindeutig die besser Gebildeten mit einer längeren Ausbildung bzw. Hochschulausbildung, die deutlich klimabewusster sind: Häufig handelt es sich um Führungskräfte, White-Collar Arbeitende und Selbstständige, die den Klimawandel als besonders wichtig einstufen; den Gegenpol hierzu bilden, Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen und Personen jenseits der 60 Jahre. Auch Zusammenhänge zur politischen Orientierung sind erkennbar, wenn auch vergleichsweise mit geringerem Einfluss als es Bildung und Ausbildung sind: Wer sich politisch eher als linksorientiert beschreibt, stuft auch das Problem Klimawandel als wichtiger ein. Interessant ist, dass diese grundlegenden Zusammenhänge in allen europäischen Ländern in gleicher Weise festzustellen sind.

Vor und nach der Finanzkrise

Hat sich in letzter Zeit unter dem Eindruck der weltweiten Finanzkrise etwas an der Bedeutung verändert, die dem Klimawandel zugesprochen wird? Da das Eurobarometer sowohl im Frühjahr 2008 als auch im Frühjahr und Spätherbst 2009 Studien durchgeführt hat, lassen sich die diesbezüglichen Wirkungen der Finanzkrise recht gut nachvollziehen. Es zeigt sich, dass es Veränderungen hinsichtlich der Wahrnehmung des Klimawandels gegeben hat und dass seine Bedeutung als Top-Problem leicht rückläufig ist: Anfang 2008 galt der Klimawandel noch für 62 % als sehr ernstes Problem, Ende 2009 waren es nur noch 47 %. Mit Ausnahme von Schweden sind die Prozentanteile für den Klimawandel als eines der aktuell größten Weltprobleme seit Frühjahr 2008 in allen europäischen Ländern zurückgegangen, teilweise im

zweistelligen Prozentbereich, so in Spanien, wo die Nennungen von 67 % auf 44 % abnahmen. Deutschland steht mit einem Minus von 9 % etwas besser da als der europäische Durchschnitt.

Zurückgegangen ist aber nicht nur die absolute Zahl der Personen, die den Klimawandel zu den beiden derzeit größten Weltproblemen zählen, auch die Einschätzung des Schweregrades des Klimaproblems ist im letzten Jahr rückläufig. Auf einer 10-Punkte-Skala konnten die befragten Europäerinnen und Europäer angeben, für wie schwerwiegend sie das Problem halten. Dass es sich um sein sehr ernstes Problem handelt, dieser Meinung waren 2008 noch 74 %, 2009 nur noch 67 % (in Mittelwerten ausgedrückt: 2008 7,4 auf der 10er-Skala und 7,1 Ende 2009). Dieser Rückgang ist zwar nicht dramatisch, aber das Ergebnis zeigt doch, dass die Finanzkrise die Einschätzung des Klimawandels deutlich beeinflusst hat und dazu beiträgt, dass das Problem trotz der alarmierenden Zahlen der Klimaforscher heute für eher weniger wichtig gehalten wird. Es verdient allerdings doch Beachtung, dass auch in den Ländern, die am unteren Ende des europäischen Vergleichs rangieren (Großbritannien, Niederlande, Polen), immer noch eine Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung von der Schwere des Problems überzeugt ist.

Schaut man sich näher an, welche Personengruppen es heute sind, die den Klimawandel als eher nicht so ernst zu nehmen einstufen, so sind es häufiger Männer, Personen über 55 Jahre, Rentner und Rentnerinnen sowie politisch eher rechts von der Mitte Stehende.

Zwischen Informationsmangel und Informationsüberdross

In den Jahren 2008 und 2009 hat wohl kaum ein Thema eine derartige Medienpräsenz besessen wie der Klimawandel. Insofern nimmt es nicht Wunder, wenn heute europaweit eine Mehrheit sich zu diesem Thema als relativ gut informiert betrachtet. Studien wie die BP-Studie zum Wissen der Deutschen über den Klimawandel (2007) zeigen zudem, dass im Vergleich zu eher sperrigen Themen wie dem Thema „Nachhaltige Entwicklung“ auch tatsächlich ein beträchtliches Wissen vorhanden ist und dass die Bevölkerung Phänomene wie das Schmelzen der Polkappen, das Aussterben der Eisbären, den Verlust an biologischer Vielfalt etc. in Verbindung mit der Erderwärmung bringt. Von daher ist es eher erstaunlich, dass sich nur 8 % als „sehr gut“ informiert bezeichnen und fast 40 % bei sich einen weiteren Informationsmangel konstatieren. Vor allem die Einwohner der ärmeren europäischen Länder wie Portugal, Bulgarien, Rumänien und Türkei füh-

len sich vergleichsweise schlecht informiert. In den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Großbritannien sind es hingegen mehr als vier von fünf Bürgern, die sich selbst einen guten oder sehr guten Informationsstand über Ursachen und Konsequenzen des Klimawandels attestieren. Deutschland liegt hier mit 68 % über dem Median, reicht aber nicht an die skandinavischen Länder (Schweden 88 %) heran.

Das, was man weiß, weiß man zumeist aus den Medien, und deshalb ist das Wissen auch durch alle Schichten hindurch relativ ähnlich. Gleichzeitig besitzt dieses Wissen aber doch wenig Tiefgang und verbleibt oft an der Oberfläche. Häufig werden z. B. Klimawandel und Ozonloch miteinander vermischt. Eine Fokusgruppen-Studie (Weber 2008) zeigt die eher hilflosen Versuche, das Medienwissen in Beziehung zu den eigenen Erfahrungen zu setzen („früher waren die Winter härter“). Zudem gibt es einen gewissen Überdruß, immer die gleichen Zusammenhänge erneut präsentiert zu bekommen.

Der subjektive Grad an Informiertheit steht in direkter Beziehung zu der Relevanz, die man dem Klimawandel beimisst: Je besser man sich subjektiv informiert fühlt, als desto wichtiger schätzt man das Klimaproblem ein. Dies erscheint plausibel und der Zusammenhang gilt für fast alle EU-Länder unisono. Aber es existieren auch erstaunliche Ausnahmen von dieser Regel, dass mit mehr Wissen eine größere Gefährdungseinschätzung einher geht: Die Niederländer und Engländer fühlen sich zwar mit am besten von allen EU-Bürgern informiert, stufen aber den Klimawandel als weniger ernstes Problem ein. Dies verwundert, denn beide Länder wären ja von den Folgen, wie etwa vom prognostizierten Anstieg des Meeresspiegels, besonders stark betroffen. Die im Klimadiskurs häufig vorgetragene Annahme, dass Betroffenheit in besonderem Maße sensibilisiere und mobilisiere, scheint sich also nicht generell zu bestätigen. Das könnte in diesem Fall daran liegen, dass die jahrhundertelangen Erfahrungen im Kampf gegen die Gewalten des Meeres sich eher so auswirken, dass man den zukünftig drohenden Gefahren mit einer gewissen Gelassenheit begegnet.

Fragt man nach den einflussreichsten Faktoren für den Grad an Informiertheit, so zeigen die von uns durchgeführten Zusammenhangsanalysen die zentrale Bedeutung von Bildung: Personen, die nur bis zu ihrem 15. Lebensjahr eine Schule besucht haben fühlen sich signifikant schlechter informiert.

Wenig Veränderung im Verhalten

Knapp 60 % aller befragten Europäer sagten Ende 2009, dass sie selbst schon im Kampf gegen den Klimawandel aktiv geworden seien. Die im Eurobarometer gestellte Frage „Haben Sie persönlich schon etwas im Kampf gegen den Klimawandel unternommen?“ ist allerdings eine eher weich formulierte Frage, die man theoretisch bereits mit „Ja“ beantworten kann, wenn man im letzten Jahr eine einzige Energiesparlampe gekauft hat. Was aber haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger konkret für den Klimaschutz getan? Eindeutig auf dem ersten Platz liegt die Trennung von Hausmüll, eine Aktivität mit bescheidenem Effekt auf die Reduzierung von Klimagasen.

Bei fast allen abgefragten Aktivitäten ist die Zahl der Deutschen, die angeben, entsprechend aktiv geworden zu sein, größer als der europäische Durchschnitt, doch liegen die Deutschen nie auf dem ersten Platz. Die Prozentangaben sind allerdings mit großer Vorsicht zu betrachten: In der deutschen Studie zum Umweltbewusstsein von 2006 wurde – inhaltlich etwas weiter gefasst – mit einer offenen Frage „Tun Sie persönlich etwas für den Umweltschutz? Wenn ja, bitte ich Sie mir ein paar Stichworte zu nennen“ nach dem persönlichen Umwelthandeln gefragt. Hier mussten die Befragten also erst einmal nachdenken, was sie denn eigentlich in ihrem privaten Bereich tun, und dann spontan antworten. Die Ergebnisse unterschieden sich stark von denen, die man in der gleichen Studie bei einer Vorgabe von Antworten erzielte. Auch bei der offen gestellten Frage dominierte die Mülltrennung klar, und zwar mit weit größerem Abstand vor den anderen Verhaltensweisen. Angesichts der hochgradigen sozialen Erwünschtheit von umweltfreundlichen Verhaltensweisen muss offenbar damit gerechnet werden, dass beim Vorlesen einer langen Liste von Handlungsmöglichkeiten viele Befragte ihr Verhalten positiver darstellen, als es eigentlich ist. So kommt es dazu, dass wesentlich mehr Verhaltensweisen bejaht werden, als bei einer offenen Fragestellung.

Bei den Eurobarometerstudien fällt auf, dass die Prozentsätze gleich in den Keller gehen, wenn nach konkreten Handlungen gefragt wird, insbesondere dann, wenn diese mit zusätzlichen Kosten verbunden sind. So haben bislang nur 3 % eine freiwillige Klimaabgabe bei Flügen gezahlt, und es gibt auch nur sehr wenige, die willens sind, dies in Zukunft zu tun. Kaum höher ist der Anteil derjenigen, die Öko-Strom beziehen. Bei dieser Frage zeigt sich übrigens deutlich, wie viel soziale Erwünschtheit bei den Antworten im Spiel ist: Seit Jahren geben rela-

tiv viele Befragte an, dass sie in Zukunft Öko-Strom beziehen wollen; aber diese Absicht wird nur von sehr wenigen auch realisiert.

Dass im persönlichen Bereich so wenige aktiv handeln, ist aber nicht primär eine finanzielle Angelegenheit. Die Liste, der von den Nicht-Aktiven am häufigsten genannten Gründe (siehe Abbildung 1) zeugt davon, dass viele dazu neigen, andere verantwortlich zu machen (insbesondere Regierung und Industrie) und/oder nicht recht wissen, was sie tun sollen. Dass der Faktor „Kosten“ erst auf Rang 4 erscheint, ist plausibel, denn viele der für den Klimaschutz relevanten Handlungen sind eher mit Einsparungen verbunden, wie etwa der Verzicht auf Kurzstreckenflüge, das Fahren verbrauchsgünstiger Autos, die Reduzierung der Raumwärme oder das Energiesparen generell. Selbst die Mehrausgaben für den teureren Ökostrom sind eigentlich relativ bescheiden.

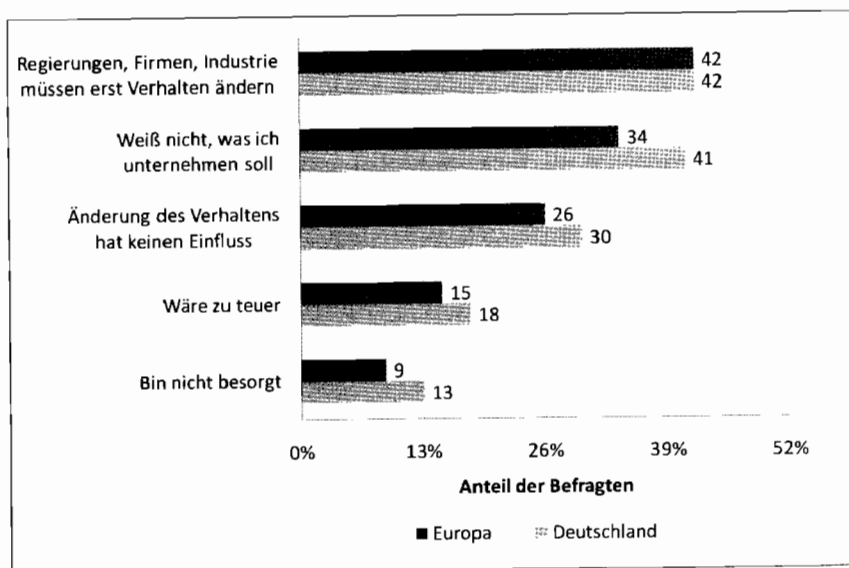


Abb. 1: „Welche Gründe, den Klimawandel nicht zu bekämpfen, treffen auf Sie zu?“ Befragte, die keine persönlichen Aktionen unternommen haben, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Quelle: Europäische Kommission (2009): Eurobarometer 313.

Du bist Deutschland – oder wer ist WIR

Deutschland ist weder bei den Einstellungen noch beim Wissen oder persönlichen Handeln an der Spitze der klimabewussten Länder Eu-

ropas. Es leuchtet ein, dass diejenigen, die selbst nicht aktiv werden, Regierung und Industrie verantwortlich machen. Aber was sind die Gründe für das relativ geringe Ausmaß eigener Aktivitäten bei denjenigen, die bereits aktiv geworden sind? Liegt dies auch bei ihnen daran, dass sie primär Wirtschaft und Staat für verantwortlich erklären und die Verantwortung zu Handeln weniger bei den Bürgerinnen und Bürgern sehen?

Eine solche Vermutung wird durch die Daten klar widerlegt: Zwar sieht man tatsächlich an erster Stelle Unternehmen und Industrie in der Pflicht, mehr zur Bekämpfung des Klimawandels zu tun, aber mehr als zwei Drittel sehen schon an zweiter Stelle die einzelnen Bürger in der Verantwortung, und zwar noch vor der nationalen Regierung und der EU-Ebene. Erstaunlich ist im Übrigen, dass die EU-Ebene am wenigsten in die Pflicht genommen wird, obwohl doch gerade den internationalen Institutionen bei einem globalen Problem wie dem Klimawandel besonders große Bedeutung zukommt. Äußerst bemerkenswert ist es, dass die deutschen Befragten bei dieser Frage nach der Verantwortung der Bürger ein auffällig anderes Antwortverhalten als sonst zeigen. Während die Deutschen bei vielen Fragen zwar nicht an der Spitze der Klimasensiblen Europas, aber meist im oberen Drittel platziert sind, befinden sie sich hier am Ende der Skala: In keinem anderen europäischen Land sind so viele der Meinung, dass die Bürger doch schon genug tun würden – dies denken 41 % der Deutschen gegenüber 17 % in Frankreich und 21 % in Schweden und Dänemark.

Des Weiteren fällt auf, dass alle Fragen die in allgemeiner Form vom „Bürger“ sprechen oder als „Wir“-Fragen formuliert sind, bei den Deutschen hohe Zustimmungsquoten aufweisen. In der Studie des Umweltbundesamtes von 2008 stimmen 84 % der Aussage zu „Wir Bürger können durch unser Kaufverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen“ und sogar 86 % der Aussage „Die Bürgerinnen und Bürger können durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten wesentlich zum Klimaschutz beitragen“; 75 % glauben, dass durch den Druck von Bürgern wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz herbeigeführt werden können. Diese Liste ließe sich fast beliebig verlängern: Offenkundig schließt im Denken der einzelnen das „Wir“ das „Ich“ nicht ein. Man weiß, was „man“ bzw. „wir“ eigentlich für den Klimaschutz tun sollten oder müssten, kennt die soziale Norm, stellt sich aber mit gewisser Nonchalance eine Art persönlicher Sondererlaubnis aus.

Kann man mit dem Bürger rechnen?

Der Kampf gegen den globalen Klimawandel verlangt nach höherem Tempo. Es besteht ein erheblicher Zeitdruck, die notwendigen Reduktionen und die damit einhergehenden Veränderungsprozesse relativ schnell in die Wege zu leiten. Das gilt für staatliches und unternehmerisches Handeln wie für das persönliche Verhalten jedes Einzelnen. Das sonst immer wieder gern praktizierte Verfahren, Probleme, die man derzeit nicht lösen kann, in den Bereich der Bildung zu verlagern, ist im Falle des Klimawandel kaum gangbar, denn Bildung, deren Effekt auf das Klimabewusstsein zweifellos erheblich ist, lässt sich nicht mal eben auf die Schnelle produzieren. Es bleibt der Weltgesellschaft nicht genug Zeit, um den Bürger, auf den man beim Klimaschutz zählen kann, erst durch Bildung zu ‚erzeugen‘. Dies spricht nicht gegen Umwelterziehung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung. Es bedeutet lediglich, hiervon in absehbarer Zeit nicht allzu viel für eine wirksame Klimaschutzpolitik zu erwarten.

Kann man also auf den Bürger zählen? Die Ergebnisse der empirischen Studien sind leider in punkto Bürger genauso wenig ermutigend wie die Ergebnisse des Kopenhagen-Klimagipfels in punkto Weltpolitik. Sowohl in der Politik als auch in der Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger schwingt eine gehörige Portion sozialer Erwünschtheit mit, aber auch der mangelnde Wille, sich zu bewegen. Sich klimabewusst geben, das liegt im Trend, ist aber nicht mit konkreten Handlungen oder gar persönlichen Einschränkungen verbunden. Trotz allen Schönredens: Fast die Hälfte der Bevölkerung tut gar nichts in Sachen Klimaschutz; und selbst die in irgendeiner Form Aktiven handeln nur gelegentlich und eher symbolisch, was etwa in der allseits beliebten Mülltrennung zum Ausdruck kommt. Der Blick wird gerade nicht auf die Verbesserung der eigenen CO₂-Gesamtbilanz gerichtet. Die Art und Weise, wie das persönliche Handeln diskutiert wird, betont gerade das Symbolhafte von Handlungen anstelle des real messbaren Effekts. Handlungen mit höchst unterschiedlichen Effekten werden in der öffentlichen Diskussion in einem quasi gleichmacherischen Format nebeneinander gestellt.

Die Antwort auf die Frage, ob Klimapolitik auf die Bürgerinnen und Bürger zählen kann, fällt derzeit also ambivalent aus. Einerseits ein klares Ja, denn es gibt eine weit verbreitete Sensibilität für das Thema Klimaschutz, das eine große Mehrheit ernst nimmt und für sehr wichtig erachtet. Die Unterstützung für einen konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien ist groß und das Interesse daran beträcht-

lich, auch ggf. selbst aktiv zu werden und die eigenen vier Wände bzw. das eigene Haus energetisch zu sanieren oder gleich entsprechend energiesparsam zu bauen. Auf der anderen Seite kann Klimaschutzpolitik derzeit im wörtlichen Sinn kaum mit dem Bürger rechnen, wenn es um die reale Einsparung von CO₂ in den nächsten Jahren geht. Den Bürgerinnen und Bürgern geht es mehr um gefühlte Einsparungen als um tatsächliches Verhalten. Man hat sich so an das symbolische Handeln und das gleichzeitige Schönreden gewöhnt, dass auch in absehbarer Zeit kaum entscheidende Veränderungen erwartet werden können. Jahrzehntelanges „Symbolismustraining“ hat bewirkt, dass die Bürgerinnen und Bürger kein richtiges Verhältnis zu realen Reduktionen haben. Kaum jemand kennt die eigene CO₂-Bilanz. Und so nimmt es nicht Wunder, wenn viele Bürgerinnen und Bürger der Überzeugung sind, eigentlich doch schon genug zu tun: Hier eine Energiesparlampe, dort auf dem Markt ein Bio-Gemüse kaufen, am Wochenende mal wieder Fahrradfahren, im Nationalpark wandern und Müll trennen sowieso. Die realistische Antwort auf die Ausgangsfrage lautet deshalb: Wer ambitionierte Reduktionsziele hat, der sollte hiervon nicht zu viel auf die Bürgerinnen und Bürger verlagern.

Literatur

- Europäische Kommission: Einstellungen der europäischen Bürger zum Klimawandel. Spezial Eurobarometer 300, Brüssel 2008
- Europäische Kommission: Europeans' attitudes towards climate change. Spezial Eurobarometer 313, Brüssel 2009
- Europäische Kommission: Europeans' attitudes towards climate change. Spezial Eurobarometer 322, Brüssel 2009
- Kuckartz, U. & A. Rheingans-Heintze: Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement, Wiesbaden 2006
- Kuckartz, U., A. Rheingans-Heintze & S. Rädiker: Determinanten des Umweltverhaltens. Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes „Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006“, Berlin 2007
- Kuckartz, U., A. Rheingans-Heintze & S. Rädiker: Informationsverhalten im Umweltschutz und Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement. Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes „Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006“, Berlin 2007
- Weber, M.: Alltagsbilder des Klimawandels. Zum Klimabewusstsein in Deutschland, Wiesbaden 2008